

Stand: 12.02.2025 22:42:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4145

"Für Bayerns Familien - gegen sozial ungerechte Kürzungen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4145 vom 27.11.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4695 des SO vom 23.01.2025
3. Beschluss des Plenums 19/4771 vom 04.02.2025



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl**
SPD

Für Bayerns Familien – gegen sozial ungerechte Kürzungen

Der Landtag wolle beschließen:

Am 12.11.2024 kündigte Ministerpräsident Dr. Markus Söder an, das Krippengeld, das Familien in Bayern mit ein- und zweijährigen Kindern und einem niedrigen Einkommen mit bis zu 100 Euro bei den Betreuungskosten entlastet, ab 2026 komplett streichen und das Familiengeld in Höhe von 250 Euro, das bislang alle Familien in Bayern mit ein- und zweijährigen Kindern als Unterstützung erhalten, halbieren zu wollen.

Für viele Familien in Bayern bedeuten diese Ankündigungen massive finanzielle Einschnitte – insbesondere Familien mit niedrigem Einkommen werden überproportional belastet werden. Das ist unverständlich und sozial ungerecht.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zeitnah zu berichten:

- Warum das Krippengeld komplett entfallen soll?
- Warum das Familiengeld zukünftig nicht sozial gestaffelt ausgezahlt werden soll?
- Wofür die eingesparten (oder auch „umgeschichteten“) Gelder konkret eingesetzt werden sollen?
- Wie die Finanzierungslücke in der Betriebskostenfinanzierung zukünftig geschlossen werden soll? – Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die geplanten Umschichtungen, die die Lücke nicht schließen werden.

Begründung:

Die Staatsregierung hat sich darauf verständigt, dass das Krippengeld und das Familiengeld halbiert werden sollen. Die eine Hälfte soll weiterhin Familien in Bayern direkt ausgezahlt werden, die andere Hälfte soll in die Strukturen fließen. So zumindest hat es Ministerpräsident Dr. Markus Söder in einer Pressekonferenz formuliert.

Fakt ist jedoch, dass es nicht stimmt, dass beide Leistungen halbiert werden, vielmehr wird das Krippengeld komplett abgeschafft. So soll ab 2026 nur noch ein Familienstartgeld von 3.000 Euro zum ersten Geburtstag an Familien in Bayern ausgezahlt werden. Diese Summe entspricht der Hälfte des bisher über zwei Jahre ausgezahlten Familiengeldes.

Mit der Abschaffung des Krippengeldes soll die Leistung abgeschafft werden, die zielgerichtet vor allem Familien mit geringem Einkommen (Familieneinkommen bis 60.000 Euro + 5.000 Euro pro weiteres Kind) unterstützt, wohingegen das Familiengeld

einkommensunabhängig an alle Familien in Bayern mit ein- bis zweijährigen Kindern ausgezahlt wird.

Familien, die Krippengeld und Familiengeld beziehen/bezogen haben (also alle unter 60.000 Euro Familieneinkommen), erhalten/erhielten bislang für zwei Jahre 8.400 Euro – künftig erhalten Sie nur noch 3.000 Euro.

Familien, die nur Familiengeld beziehen/bezogen haben (also alle über 60.000 Euro Familieneinkommen), erhalten/erhielten bislang 6.000 Euro für zwei Jahre, nun erhalten sie nur noch 3.000 Euro.

Diese Auflistung zeigt, dass die größten Einschnitte somit bei Familien mit geringen Haushaltseinkommen vorgenommen werden sollen. Das ist sozial ungerecht und absolut unverständlich.

Fakt ist, es fehlt Geld im System der frühkindlichen Bildung. Die Finanzierung der Kitas ist nicht ausreichend abgesichert und steht kurz vor dem Kollaps. Darauf weisen die kommunalen Spitzenverbände und ebenso alle Kita-Träger in Bayern schon seit Jahren immer wieder hin. Über die Jahre ist die Lücke zwischen den tatsächlich anfallenden Kosten und der staatlichen Refinanzierung immer weiter auseinandergegangen – Berechnungen zufolge sind zwischen 1,5 Mrd. bis 2 Mrd. Euro nötig, um die Finanzierungslücke zu schließen.

Kitas sind wichtige Bildungsorte und entsprechend müssen sie auch ausgestattet sein. Dafür setzt sich die SPD-Landtagsfraktion schon seit Jahren ein. Aber alle entsprechenden Initiativen und Vorschläge wurden von CSU und FREIEN WÄHLERN immer wieder abgelehnt.

Gerade vor diesem Hintergrund sind die angekündigten Kürzungen scheinheilig, denn zum einen gehen sie zulasten junger Familien in Bayern, die nun die familienpolitischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre ausbaden sollen, zum anderen kann die bestehende Finanzierungslücke durch diese vermeintlichen Umschichtungen nicht annähernd geschlossen werden. Es braucht schlichtweg mehr Geld im System der frühkindlichen Bildung. Bildung kostet Geld – Geld, das nirgends besser investiert ist.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr,
Nicole Bäumlner u.a. SPD**
Drs. 19/4145

Für Bayerns Familien - gegen sozial ungerechte Kürzungen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatler: **Thomas Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 5. Dezember 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 23. Januar 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD

Drs. 19/4145, 19/4695

Für Bayerns Familien – gegen sozial ungerechte Kürzungen

Am 12.11.2024 kündigte Ministerpräsident Dr. Markus Söder an, das Krippengeld, das Familien in Bayern mit ein- und zweijährigen Kindern und einem niedrigen Einkommen mit bis zu 100 Euro bei den Betreuungskosten entlastet, ab 2026 komplett streichen und das Familiengeld in Höhe von 250 Euro, das bislang alle Familien in Bayern mit ein- und zweijährigen Kindern als Unterstützung erhalten, halbieren zu wollen.

Für viele Familien in Bayern bedeuten diese Ankündigungen massive finanzielle Einschnitte – insbesondere Familien mit niedrigem Einkommen werden überproportional belastet werden. Das ist unverständlich und sozial ungerecht.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zeitnah zu berichten:

- Warum das Krippengeld komplett entfallen soll?
- Warum das Familiengeld zukünftig nicht sozial gestaffelt ausgezahlt werden soll?
- Wofür die eingesparten (oder auch „umgeschichteten“) Gelder konkret eingesetzt werden sollen?
- Wie die Finanzierungslücke in der Betriebskostenfinanzierung zukünftig geschlossen werden soll? – Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die geplanten Umschichtungen, die die Lücke nicht schließen werden.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident